

Garrelt Duin

Ostfriesisch. Klar.

Moin,

ich wünsche viel Spaß beim
Lesen des Newsletters.

Herzliche Grüße
Garrelt Duin, MdB



Glückwünsche an Hannelore Kraft

Garrelt Duin gratuliert der nordrhein-westfälischen SPD-Chefin und Spitzenkandidatin Hannelore Kraft zum hervorragenden Landtagswahlergebnis:

„Hannelore Kraft hat die Herausforderung angenommen und für die SPD unter schwierigen Bedingungen einen wichtigen Wahl-

sieg errungen. Das Kämpfen für eine eigene Mehrheit und für eigene sozialdemokratische Inhalte hat sich gelohnt. Für diesen konsequenten und erfolgreichen Weg spreche ich Hannelore Kraft und der NRW-SPD meine herzlichsten Glückwünsche aus. Durch einen inhaltsstarken Wahlkampf und durch viel persönliches Engagement hat Hannelore

Kraft gemeinsam mit den Genossen und Genossen in NRW Jürgen Rüttgers und die CDU zu großen Wahlverlierern gemacht: Die Wähler sind auf die Trickereien der Rüttgers-CDU nicht reingefallen. Das Ergebnis ist das Ende von Schwarz-Gelb in NRW und der Anfang vom Ende von Schwarz-Gelb im Bund. Das ist gut für die Menschen in Nord-

rhein-Westfalen, das ist gut für die SPD. Denn mit einem sozialdemokratisch regierten NRW wird es keine unseriösen Steuer-senkungen auf Pump, keine unsoziale Kopfpauschale im Gesundheitswesen und keine unsinnige Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken geben.“

Für Griechenland – gegen Freischein für Spekulanten

Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt das internationale Rettungspaket für Griechenland. Diese Hilfe liegt unmittelbar auch in unserem eigenen deutschen Interesse. Aber, die Kostenrisiken können nicht allein auf den Steuerzahler abgewälzt werden- auch der Finanzsektor muss seinen Anteil leisten.

Doch frisches Geld für Griechenland reicht allein nicht aus, damit Vertrauen zurückkehrt. Ein Rettungspaket kann nur zugleich effektiv und nachhaltig sein, wenn es dazu beiträgt, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen und in einem zweiten Schritt die Voraussetzungen dafür schafft, solche Krisen künftig zu vermeiden und die Lasten der Krisenbewältigung gerecht zu verteilen.

Wir müssen verhindern, dass ein ums andere Mal die Steuerzahler zur Kasse gebeten, die Spekulanten aber belohnt werden. Die SPD fordert:



Griechenland-Hilfe: die Kostenrisiken können nicht allein auf die Steuerzahler abgewälzt werden.

- die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. So kann Verantwortung gerecht verteilt werden.
- die Regulierung von Rating-Agenturen weiter zu verbessern und die Gründung einer Europäischen

Rating-Agentur entweder in öffentlich-rechtlicher Organisationsform oder - analog der deutschen Börsen- mit teilweise öffentlich-rechtlicher Aufgabenwahrnehmung zu befördern.

- Spekulative Geschäfte mit Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps) unverzüglich, möglichst bis zum 1. Juli 2010 zu verbieten.
- Leerverkäufe in Deutschland unverzüglich bis zum 1. Juni 2010 zu verbieten und sich für ein europaweites Verbot einzusetzen.
- Den Anleger- und Verbraucherschutz in Europa weiter zu verbessern (z.B. durch die Einführung eines "Finanz-TÜV").

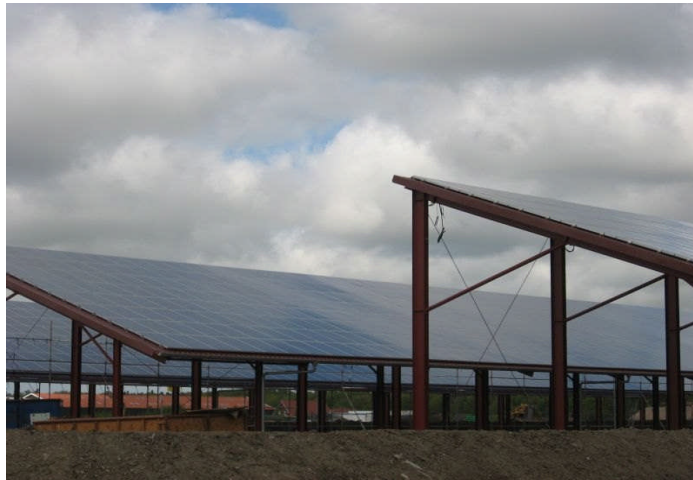
Mit keiner dieser Forderungen fand die SPD Gehör bei CDU/CSU und FDP. Deshalb hat sich die SPD-Bundestagsfraktion bei der Abstimmung zu dem Gesetzentwurf von CDU/CSU und FDP enthalten.

Schwarz-Gelb hat drastische Kürzungen bei der Solarstromvergütung beschlossen

Nun ist das Desaster perfekt: Schwarz-Gelb hat drastische Kürzungen bei der Solarstromvergütung beschlossen und zerstört damit nicht nur das Vertrauen bei Investoren, Handwerkern und Herstellern, sondern setzt auch die Vorreiterrolle der deutschen Solarbranche aufs Spiel. Deutschland droht somit im weltweiten Technologierennen den Anschluss zu verlieren.

Die zusätzliche Einmalabsenkung der Vergütung von Solarstrom zwischen 11 und 16 Prozent sowie die verschärfte Degression zum Jahresbeginn werden große Teile der Solarindustrie vor unlösbare Herausforderungen stellen. Zehntausende Arbeitsplätze sind in Gefahr.

Wir halten eine zusätzliche Einmalabsenkung um 6 Prozent für Anlagen mit einer Größe bis zu 30 kWp und 10 Prozent für die sonstigen Anlagen sowie eine Anpassung des Ausbaukorridors auf 4000 MW für ökonomisch, ökologisch und sozial angemessen. Ein zusätzlicher, marktorientierter Degressionsschritt sollte zur besseren Planungssicherheit vom Stichtag für die Basisdegres-



Schwarz-Gelb setzt die Vorreiterrolle der deutschen Solarbranche aufs Spiel.

sion (1. Januar) entkoppelt werden und generell erst zum 1. Juli erfolgen.

Völlig unverständlich und inakzeptabel ist der Ausschluss von Ackerflächen aus der EEG-Vergütung. Es sollte Aufgabe der Kommunen sein, mit Blick auf die jeweiligen regionalen Strukturen über die Nutzung von Ackerflächen zu entscheiden. Ein Aus für die Ackerflächen wird den Freiflächenmarkt empfindlich schwächen, eine Ausweitung

der Produktion verlangsamen und somit Kostensenkungen im Weg stehen. Die Regierungskoalition erreicht hiermit also exakt das Gegenteil von dem, was sie sich ursprünglich auf ihre Fahnen geschrieben hatte, nämlich Solarstrom billiger zu machen.

Schwarz-Gelb versäumt – ob aus mangelndem Wissen oder mit voller Absicht – mit einem umfassenden Bestandsschutz bereits in Planung befindliche Freiflächenprojekte abzusichern. Projekte, in

die bereits hunderttausende Euro und viel Zeit und Mühen geflossen sind, drohen nun aufgrund der kurzen Fristen zu scheitern. Daran verzweifeln nicht nur Investoren, sondern auch Hersteller und Projektierer. Auch die zusätzliche Förderung des Eigenverbrauchs von Solarstrom lehnen wir ab. Die Photovoltaik leistet insbesondere zur Mittagszeit, zu der der Stromverbrauch am höchsten ist, einen wichtigen Beitrag zur Abdeckung der Stromnachfrage. Durch die Einspeisung von klimafreundlicher und verbrauchsnahe Solarenergie wird so Strom aus CO₂-intensiven fossilen Kraftwerken ersetzt. Zudem wirkt PV-Strom in diesen Spitzenzeiten preisstabilisierend. Eine Stärkung des Eigenverbrauchs stünde diesem positiven Effekt im Wege.

Stattdessen ist in die Forschung und Entwicklung insbesondere von neuen Speichertechnologien zu investieren. Hierzu wollen wir im EEG einen zusätzlichen Bonus einführen sowie die Mittel für Forschung und Entwicklung für industrielle Forschungsprojekte erhöhen.

Konsequenzen aus der Steuerschätzung

In einer Aktuellen Stunde zum Thema „Konsequenzen aus dem Ergebnis der Steuerschätzung für die Steuersenkungspläne der CDU/CSU-FDP Koalition“ haben wir von der Regierungskoalition gefordert, endlich die Karten auf den Tisch zu legen, wie die Steuersenkungen finanziert werden sollen.

Aber auch nachdem die Zahlen der Steuerschätzung vorliegen, werden vonseiten der Regierung keine konkreten Angaben gemacht. Dabei liegt es schon klar auf der Hand: Die Steuersenkungen nutzen den Besserverdienern in absoluter Steuerersparnis am meisten. Wer am meisten verdient, bekommt auch am meisten hinzu. Stattdessen von CDU/CSU und FDP hohle Worte, dass

man sich anstrengen müsse, außerordentlich ehrgeizig sein müsse und dass Konsolidierungsschritte erforderlich seien. Die FDP stellt sich hin und behauptet, ohne die Steuerreform werde eine soziale Schieflage entstehen. Das ist schlicht unwahr und entspricht nicht den Tatsachen. Was die FDP wirklich plant, ist Umverteilung- und zwar von unten nach oben. Das sagen nicht nur wir, das untermauern auch Berechnungen des Bundes der Steuerzahler und des Essener Wirtschaftsforschungsinstituts RWI. Die Steuerschätzung bestätigt die von allen Fachleuten befürchteten Steuerausfälle. Die Einnahmeprognosen für den Gesamtstaat müssen in den Jahren 2010 bis 2013 im Vergleich zu den bisherigen Schätzungen

um rund 39 Milliarden Euro reduziert werden. Das Minus beläuft sich im laufenden Jahr auf rund 1,2 Milliarden Euro und wächst im Jahr 2011 auf rund 11,7 Milliarden Euro, 2012 auf rund 12,3 Milliarden Euro und 2013 auf rund 13,7 Milliarden Euro. Diese Mindereinnahmen verschärfen die ohnehin katastrophale Finanzlage der öffentlichen Haushalte. Die Kommunen sind von überproportionalen Verlusten betroffen. Ursache für die Verschlechterung der Einnahmehasis ist dabei nicht nur die Wachstumsabschwächung in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat mit ihren bereits beschlossenen Steuer geschenken für Hoteliers, internationale Konzerne und reiche Er-

ben wesentlich zu den Einnahmeausfällen beigetragen. Angesichts dieser desaströsen Steuerschätzung müssen Kanzlerin Merkel und Bundesfinanzminister Schäuble endlich ihr Spiel auf Zeit aufgeben und Klarheit schaffen.

Es gibt jetzt keine Ausflüchte mehr. Merkel und Schäuble müssen den eigenen Anhängern in Union und FDP klar machen, dass es für ihre illusorischen Steuersenkungspläne keinerlei Spielräume gibt. Vor allem aber muss der Bundesfinanzminister umgehend ein belastbares Konzept zur Bewältigung der Haushaltsprobleme vorlegen, um die Leistungsfähigkeit von Bund, Ländern und Kommunen sicherzustellen.

Suche nach Gastfamilien

Die Welt entdecken, in fremde Kulturen eintauchen und Neues kennen lernen – viele Deutsche erfüllen sich diesen Wunsch mit einer Urlaubsreise. Eine andere Möglichkeit für intensive interkulturelle Erfahrungen bietet die Aufnahme eines internationalen Gastschülers im eigenen Zuhause. Mit der Unterstützung von Garrelt Duin sucht AFS noch weltweite Gastfamilien im Landkreis Aurich und der Stadt Emden.

Deutschland ist inoffizieller Reiseweltmeister – das Interesse an anderen Ländern und Kulturen ist trotz Finanzkrise ungebrochen. Ein kurzer Auslandsaufenthalt als Tourist reicht jedoch oft nicht aus, um eine andere Kultur wirklich zu erleben und zu verstehen. Dabei wird es auch in

unserem täglichen Leben immer wichtiger, andere Kulturen zu kennen und zu verstehen. Egal, ob in der Schule, am Arbeitsplatz oder in der Nachbarschaft: Das Miteinander von Menschen unterschiedlichster kultureller Herkunft gehört mittlerweile zum Alltag. Eine Möglichkeit, andere Kulturen und Sprachen kennen zu lernen, ohne die Koffer zu packen und Reiseprospekte zu wälzen, ist das Zusammenleben mit einem ausländischen Gastschüler. Eine spannende Erfahrung, die jährlich über 800 Gastfamilien mit der gemeinnützigen Jugendaustauschorganisation AFS Interkulturelle Begegnungen e.V. machen.

Das weiß auch Garrelt Duin: „Von der Aufnahme eines Gastschülers profitieren alle Beteilig-

ten. Auch Familien, die keine Möglichkeit haben die Welt zu bereisen, können so mit viel Spaß neue Erfahrungen sammeln, intensive internationale Freundschaften knüpfen und einen Beitrag zu mehr Toleranz und Offenheit im täglichen Miteinander leisten.“

Aus diesem Grund hilft Garrelt Duin in diesem Jahr AFS bei der Suche nach neugierigen und weltweiten Gastfamilien im Wahlkreis, die ab September 2010 einen Austauschschüler aufnehmen. Unterstützt werden die Gastfamilien und –schüler während der gesamten Zeit von den ehren- und hauptamtlichen AFS-Mitarbeitern in der Region, die die Teilnehmer nicht nur umfassend auf ihre Aufgabe vorbereiten, sondern auch für

alle Fragen und Belange ein offenes Ohr haben.

Wer Lust und Interesse hat, sich die Welt nach Hause zu holen, kann sich ab sofort als Gastfamilie für September 2010 bewerben. Dann erwartet AFS mehr als 600 Jugendliche aus rund 50 Ländern. Auch Alleinerziehende und kinderlose Paare sind willkommen. Bei der Vermittlung achtet die Organisation darauf, dass Austauschschüler und Gastfamilien von ihren Interessen und Vorstellungen her zusammenpassen. Interessenten können sich direkt an das AFS-Regionalbüro Nord unter 040 3 9 9 2 2 2 - 9 0 wenden. Weitere Informationen zum Gastfamilienprogramm und zu AFS gibt es unter www.afs.de/gastfamilie.

SPD-Weser Ems: Johanne Modder neue Vorsitzende

Mit überwältigender Mehrheit hat der außerordentliche Parteitag der SPD Weser-Ems die bisherige stellvertretende Vorsitzende Johanne Modder aus Bunde am Sonnabend in Wardenburg zur neuen Bezirksvorsitzenden gewählt. Sie tritt damit die Nachfolge von Garrelt Duin an, der nicht wieder für den Bezirksvorsitz kandidierte.

Garrelt Duin ging in seiner Rede auf die Griechenland-Krise ein. Europa muss als politischer Alltag verstanden werden. Kontakte, Frieden, aber auch wirtschaftliche Zusammenarbeit sei in Europa wichtig. Dabei stellte er hervor, dass Europa nicht nur ein gemeinsamer Markt ist, sondern auch eine soziale Gemeinschaft. „Wir haben nicht nur eine gemeinsame Währung, sondern auch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik.“. Vor dem Hintergrund der Enthaltung der Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag erklärte Duin, dass die SPD für Europa ist und dies niemals in Frage gestellt werden dürfe. „Den Menschen in Griechenland muss geholfen werden, dies steht



Garrelt Duin bei seiner Abschiedsrede als Vorsitzender des SPD-Bezirks Weser-Ems

außer Frage. Es gibt keine Alternative zur Solidarität! Aber nach wie vor sind die Finanzmärkte nicht reguliert und den Banken sind immer noch keine Fesseln angelegt.“ Er forderte eine finanzielle Beteiligung der Banken an der Bewältigung dieser schweren

Krise. Johanne Modder versprach in ihrer Rede einen offenen Stil und dankte ihrem Vorgänger Garrelt Duin, „der aufrechten Ganges den Vorstand durch die Vordertür verlässt“ und sie zeigte sich zuversichtlich, dass er durch sie wieder hereinkom-

men wird. „Nach schweren Zeiten für die SPD ist jetzt die Chance für einen gemeinsamen Neuanfang mit einer neuen offenen Politikaarbeit zu nutzen, denn ich will wieder Wahlen gewinnen!“, rief Modder den Delegierten zu.

Gesundheitswirtschaft soll sich zum Leitmarkt der Zukunft weiterentwickeln

„Leitmarkt Gesundheitswirtschaft – Wachstumsmarkt der Zukunft“ war das Thema einer Fachkonferenz der SPD-Bundestagsfraktion.

Über einhundert Gäste aus Wissenschaft und Wirtschaft diskutierten über eine Fortführung der erfolgreichen Politik der SPD für eine starke Gesundheitswirtschaft in Deutschland. Die Gesundheitswirtschaft ist kein Wirtschaftszweig wie jeder andere. Seine Produkte und Dienstleistungen sind nicht konjunkturabhängig, sie werden in der gesamten Fläche unseres Landes erbracht und lassen sich nicht ohne weiteres verlagern. Ganz unterschiedliche Unternehmen gehören zum Bereich des Gesundheitswesens: Neben Krankenhäusern, Rehabilitations-



Danke den Gästen und Podiumsteilnehmern: Garrelt Duin hielt das Schlusswort.

Jede und jeder erhält im Bedarfsfalle die medizinisch not-

Menschen ein. Den Systemwechsel, den die Bundesregierung mit ihrer Kopfpause und dem Rückfahren der Versicherungsleistungen auf eine medizinische Grundversorgung beabsichtigt, lehnen wir ab. Die Gesundheitswirtschaft darf nicht nur als Kostenfaktor gesehen werden, sondern vor allem als Motor für Innovation und Wirtschaftsentwicklung.

Wichtig ist der SPD-Bundestagsfraktion hierbei, wirtschaftliche Belange in Einklang mit den Prinzipien guter Arbeit, einer nachhaltigen Entwicklung und einer solidarischen Ausrichtung des Gesundheitssystems insgesamt zu bringen. Wir wollen, dass sich die Gesundheitswirtschaft gerade jetzt zum Leitmarkt der Zukunft weiterentwickelt und so zum wichtigen Motor für neues und qualitatives Wachstum in unserem Land wird.



Wichtiger Leitmarkt der Zukunft: die Gesundheitswirtschaft.

Einrichtungen und den vielen Haus- und Facharztpraxen sind die pharmazeutische Industrie und die Medizintechnologiebranche, aber auch die Fitnessbranche, der Gesundheitstourismus und Sportstudios Teile dieses Sektors.

Schon alleine die demographische Entwicklung unseres Landes lässt ein deutliches Wachstum der Branche erwarten. Das deutsche Gesundheitssystem kann sich sehen lassen und erhält auch im internationalen Vergleich Bestnoten. Eine ganz wesentliche Voraussetzung für seine Stärke liegt in seiner solidarischen Ausrich-

wendige Versorgung auf höchstem Stand der Forschung, alle Versicherten wirken entsprechend ihrer persönlichen Leistungsfähigkeit an der Finanzierung des Systems mit. Menschen stehen für

Rund 100 Gäste waren in den Fraktionssaal der SPD gekommen.



Termine

- **Montag, 17. Mai 2010**
Sitzung Parteirat in Berlin, 12.00 Uhr
- **19. bis 23. Mai 2010**
Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, Berlin
- **Freitag, 28. Mai 2010**
Sitzung SPD-Landesvorstand Niedersachsen, Stade, 18.00 Uhr
- **Samstag, 29. Mai 2010**
Landesparteitag der SPD-Niedersachsen, Stade, ab 10.00 Uhr
- **Montag, 31. Mai 2010**
Gewerkschaftstreffen SPD/Afa-Weser-Ems, Oldenburg, 10.00 Uhr

Spruch der Woche

„Na, tut's weh?“

Sigmar Gabriel während seiner Rede zur Griechenland-Hilfe in Richtung Schwarz-Gelb

Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 - 227 - 70145
Fax: 030 - 227 - 76445
garrelt.duin@bundestag.de
www.garreltduin.de